



Model United Nations Baden-Württemberg 2021

Gremium: Generalversammlung

Thema: COVID-19 als Herausforderung bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele

Stadium: verabschiedete Resolution

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

in Berufung auf die in A/RES/70/1 festgesetzte Agenda 2030 sowie auf die Millenniumsziele der Resolution A/RES/55/2,

in Anbetracht der Ziele des Pariser Klimaabkommens in Bezug auf die Covid-19-Pandemie,

die Möglichkeit *betonend*, die die Covid-19-Pandemie zur Umsetzung der Pariser Klimaziele darstellt,

mit Besorgnis feststellend, dass die Covid-19-Pandemie den ersten Anstieg globaler Armut seit Jahrzehnten verursacht hat,

besorgt über die Unterbrechung der weltweiten Lebensmittelversorgungsketten im Zuge der Covid-19-Pandemie und insbesondere über die schwerwiegenden finanziellen Folgen, die die Pandemie für lokale Kleinproduzent*innen von Lebensmitteln hat und hatte,

alarmiert durch die Tatsache, dass laut dem Bericht über die Nachhaltigen Entwicklungsziele 2020 als Folge der Covid-19-Pandemie mehr als 132 Millionen Menschen mehr als im Jahr 2019 an Unterernährung leiden werden,

alarmiert über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf das Nachhaltige Entwicklungsziel 3, insbesondere:

- a. die Verschärfung der Probleme der Fettleibigkeit und dem globalen Anstieg der Adipositas-Raten,
- b. die alarmierenden Konsequenzen der Lockdowns auf Bewegung, wie im UN DESA Policy Brief on Sport, Physical Activity, Wellbeing and its Impacts on Social Development dargelegt,



- c. die Tatsache, dass global gesehen mehr als 50% der nationalen Impfprogramme für Kinder von mäßigen bis schweren Störungen aufgrund der Covid-19-Pandemie berichteten,
- d. den Sachverhalt, dass aufgrund der Angst vor Ansteckung die nicht Covid-19-bedingten Krankenhauseinweisungen um 20% zurückgegangen sind,

unter Berücksichtigung der alarmierenden Ergebnisse des WHO-Berichts "Mental health preparedness and response to the Covid-19 pandemic", der den weltweiten Anstieg von Angstzuständen, Belastungsstörungen und Depressionen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie feststellt,

alarmiert über die Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen auf das Nachhaltige Entwicklungsziel 4, das die Förderung einer inklusiven und gerechten hochwertigen Bildung anstrebt,

besorgt über die Tatsache, dass die Rolle des sozioökonomischen Hintergrunds in der Bildung durch die Covid-19-Pandemie verstärkt wurde, aufgrund von Faktoren wie:

- a. dem Zugang und der Verfügbarkeit von Internet- Kommunikationstechnologie (IKT),
- b. der Verfügbarkeit von ruhigen Arbeitsräumen,
- c. der erhöhten Notwendigkeit der elterlichen Unterstützung beim E-Learning,
- d. der Kinderarbeit und der beruflichen Unterstützung der Eltern,

alarmiert durch den mit Covid-19 verbundenen Anstieg von häuslicher Gewalt, des Missbrauchs von Mädchen und der Ausbeutung von Kindern,

in Anbetracht der Tatsache, dass laut dem vorläufigen Wirtschaftsausblick der OECD des Jahres 2021 das globale Wachstum im Jahr 2020 bei negativen 3,4% lag,

besorgt über den Einbruch des Wachstums im verarbeitenden Gewerbe aufgrund der Covid-19-Pandemie,

beunruhigt ob des mangelnden Zugangs zu Krediten und den damit verbundenen Finanzdienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere in den LEDC,



im Bewusstsein der Tatsache, dass nur 54 % der Weltbevölkerung das Internet aktiv nutzen und der sich daraus ableitenden Folgen für die Betroffenen bezüglich der Teilhabe am öffentlichen Leben, das sich aufgrund der Covid-19-Pandemie weitgehend digitalisiert hat, der Nutzung potenziell lebensrettender Technologien wie Telemedizin sowie des Austausches mit anderen zum Zwecke der sozialen Interaktion oder der Ausbildung über IKT-Geräte,

besorgt darüber, dass die Covid-19-Pandemie den Fluss der Entwicklungshilfe von Ländern mit hohem Human Development Index (HDI) in Länder mit niedrigem HDI negativ beeinflusst,

mit Besorgnis die im UNODC World Wildlife Crime Report 2020 präsentierten Zahlen *zur Kenntnis nehmend*, die einen beunruhigenden, kontinuierlichen Anstieg der Beschlagnahmen von gewilderten Wildtieren zeigen,

beunruhigt über die Tatsache, dass die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2020 voraussichtlich um 40 % zurückgegangen sind,

besorgt über die Störungen, die die Covid-19-Pandemie in Bezug auf die globalen Wertschöpfungs- und Produktionsketten verursacht hat,

beunruhigt durch die Tatsache, dass die Überweisungen in Lower Middle Income Countries (LMIC) im Jahr 2020 voraussichtlich um 19 % zurückgehen werden,

alarmiert über den Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Hassverbrechen,

1. *fordert* die Mitgliedsstaaten *auf*, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu ergreifen, wie zum Beispiel, aber nicht beschränkt auf:
 - I. Die Förderung der Erarbeitung und Umsetzung nationaler Aktionspläne mit dem Ziel, das soziale Sicherheitsnetz auszubauen,
 - II. Die Umsetzung von öffentlichen Arbeitsprogrammen auf nationaler Ebene,
 - III. Die Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen weiter durchzuführen und auszubauen,
 - IV. Die Förderung von qualitativ hochwertiger Bildung,
 - V. Schritte, um eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sicherzustellen;



2. *ruft* die Internationale Gemeinschaft *dazu auf*, der Bekämpfung von Hunger, besonders im Lichte der COVID-19 Pandemie, folgendermaßen mehr Aufmerksamkeit zu schenken:
 - I. Indem finanziell stärkere Länder ihre Entwicklungshilfe für Länder mit Hungerproblemen zum Angehen selbiger ausbauen,
 - II. Durch eine noch engere Einbindung des World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen bei der Einsetzung von finanziellen Mitteln zur Hungerbekämpfung,
 - III. Durch eine intensivere Datensammlung zu Hungerproblemen, um eine effektivere Bekämpfung dieser zu ermöglichen, wobei das WFP diese erweiterte Datensammlung zentral koordinieren sollte,
 - IV. Durch die Ermutigung privater Geldgeber*innen im eigenen Land für die Unterstützung der WFP und von Schulspeisungsprogrammen;
3. *unterstreicht* zudem die Bedeutung von Schulspeisungsprogrammen, um besonders in der Pandemie ärmere Familien dazu zu bewegen, ihren Kindern eine angemessene Schulbildung zu ermöglichen;
4. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*,
 - I. Nationale Aktionspläne zum Thema "Bekämpfung häuslicher Gewalt" zu entwickeln und umzusetzen,
 - II. Ihre Zusammenarbeit mit UN Women zu intensivieren und den Austausch von Best Practices in diesem Rahmen zu fördern,
 - III. Mit Nichtregierungsorganisationen, die Opfer von häuslicher Gewalt unterstützen, zusammenzuarbeiten und ebenjene Opfer über ihre Möglichkeiten aufzuklären und zu sensibilisieren,
 - IV. Schulungen für Schulpersonal durchführen, um Anzeichen von häuslichem Missbrauch bei Kindern zu erkennen und darauf zu reagieren,
 - V. Maßnahmen zu ergreifen, um den Diskurs über häusliche Gewalt zu entstigmatisieren und den Opfern zu helfen, ihren gefährlichen Bedingungen zu entkommen,
 - VI. Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen, die in der Pandemie oftmals in traditionelle Geschlechterrollen zurück gedrängt werden und unbezahlte Hausarbeit leisten müssen, zu unterstützen und durch Sozialprogramme finanziell zu entlasten;



5. *erkennt* das Digitale Lernen als Chance für ein gerechteres und zugänglicheres Lernumfeld und spricht sich somit für eine aktive Förderung aus;
6. *ruff* die Mitgliedsstaaten *dazu auf*, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Mittel für den Zugang zu IKT-Technologie bereitzustellen, die für die Teilnahme an E-Learning für Familien aus einkommensschwachen Verhältnissen notwendig ist;
7. *empfiehlt* den Mitgliedsstaaten, den akuten Mangel an digitaler Bildung (Digital Literacy) zu bekämpfen, z.B. durch, aber nicht ausschließlich:
 - I. Die Integration von Unterricht, der die Funktionsweise und Anwendungen von IKT lehrt, in den Lehrplan der Schulen,
 - II. Die Finanzierung von community-basierten Programmen, die über den Gebrauch und die Anwendungen von IKT aufklären, u.a. an folgenden Orten:
 - a. Volkshochschulen und lokalen Weiterbildungseinrichtungen,
 - b. Einrichtungen für Senioren,
 - III. Der expliziten Miteinbeziehung informeller Bildung wie Workshops oder digitaler Lernkonzepte;
8. *ruff* die Mitgliedsstaaten *dazu auf*, den Zugang zum Internet zu erleichtern, indem sie den flächendeckenden Ausbau von Basisanschlüssen und Next Generation Access-Netze gleichermaßen unterstützen und die Vorteile der Internetnutzung fördern;
9. *betont* weiterhin, wirtschaftlich und sozial schwächere Staaten durch Hilfsprogramme zur Förderung des Bildungswesens und insbesondere durch Hilfsprogramme zur Stärkung des Gesundheitswesens zu unterstützen und dabei auch freiwillige Hilfsfonds zu etablieren sowie bestehende auszuweiten;
10. *ermutigt* die Mitgliedstaaten zum Austausch von Best Practices für E-Learning;
11. *empfiehlt* den Mitgliedstaaten nachdrücklich, nationale Aktionspläne zur Telemedizin in Zusammenarbeit mit der WHO zu erstellen;



12. *betont* die Wichtigkeit, gegen die weltweit steigenden Raten von Adipositas vorzugehen, u. a. durch:

- I. Integration von körperlicher Aktivität in den digitalen Schullehrplan,
- II. Aufklärung über die Bedeutung von körperlicher Aktivität und ausgewogener Ernährung durch Mittel wie, aber nicht beschränkt auf:
 - a. Aufklärung darüber im Schullehrplan und
 - b. Durchführung von Aufklärungskampagnen,
- III. Bereitstellung von finanziellen Mitteln auf lokaler Ebene, um Räume für körperliche Aktivität und Freizeit im Freien zu schaffen;

13. *ermutigt* die Mitgliedsstaaten nachdrücklich, in Zusammenarbeit mit der WHO

- I. Den Zugang zu psychischen Gesundheitsdiensten und psychosozialer Unterstützung als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes zu entwickeln und zu stärken,
- II. Die Belange der psychischen Gesundheit in ihre Pandemievorbereitungspläne aufzunehmen,
- III. Institutionen und Nichtregierungsorganisationen zu finanzieren, die auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit tätig sind,
- IV. Sensibilisierung von Fachleuten für psychische Gesundheit und der breiten Bevölkerung für die möglichen Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit, u. a. durch folgende Maßnahmen umzusetzen:
 - a. Nationale Social-Media-Kampagnen, die vertrauenswürdige Botschafter wie die regionalen WHO-Gremien einsetzen,
 - b. Verwendung von Werbekampagnen und öffentliche Bekanntmachungen, die über Risiken für die psychische Gesundheit informieren,
 - c. Aufklärungskampagnen in der Schule und am Arbeitsplatz;



14. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und lokale Lebensmittelproduzent*innen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie vom internationalen Markt abgeschnitten sind, zu sensibilisieren und finanziell zu unterstützen, u.a. durch:
 - I. Schärfung des Bewusstseins für die Notwendigkeit, lokale Unternehmen zu unterstützen, und für die Vorteile des Kaufs von lokal erzeugten Lebensmitteln,
 - II. Finanzielle Unterstützung notleidender Landwirte durch Mittel wie, aber nicht beschränkt auf:
 - a. Instrumente der Steuerpolitik, um die Konsequenzen der Covid-19 Pandemie für die unter ihr leidenden KMU zu lindern,
 - b. Subventionen für unter den Konsequenzen der Covid-19 Pandemie leidenden Bauern und Bäuerinnen,
 - III. Ergreifung von Maßnahmen, um den Zugang zu Krediten und verwandten Finanzdienstleistungen für KMU zu gewährleisten und Anreize für Investitionen von Finanzdienstleister*innen zu schaffen;
15. *unterstreicht* die Wichtigkeit, die Impfungen gegen vermeidbare Krankheiten fortzusetzen und die internationale Zusammenarbeit und Hilfe unabhängig von der Covid-19-Pandemie zu ermöglichen;
16. *ruff* die Mitgliedstaaten dazu *auf*, ihre Zusammenarbeit mit der FAO zu intensivieren, um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Hunger in der Welt zu mildern;
17. *fordert* die Mitgliedstaaten nachdrücklich *auf*, ihre Zusammenarbeit mit dem UNODC zu verstärken, um den internationalen Handel mit gewilderten Tieren zu bekämpfen und den Verzehr von unbehandeltem Wildfleisch zu unterbinden;
18. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, xenophobe Tendenzen im Zuge der Covid-19-Pandemie zu bekämpfen und Gleichheit vor Institutionen sicherstellen sowie sich für die Erfüllung der Nachhaltigen Entwicklungsziele 5, 10 und 16, Ungleichheiten und Gerechtigkeit betreffend, einzusetzen und das Ziel der Nichtdiskriminierung anzustreben;



19. *ist sich bewusst*, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Parlament, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und internationaler Partner das Erreichung der Bekämpfung der Pandemie und das Erreichen der SDGs beschleunigen kann;
20. *erkennt* die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit, der Solidarität, des Freihandels und der Fortsetzung der Entwicklungshilfe in Ländern mit niedrigem HDI, insbesondere nach der Covid-19-Pandemie *an*;
21. *ist sich bewusst*, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Parlament, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und internationaler Partner das Erreichung der Bekämpfung der Pandemie und das Erreichen der SDGs beschleunigen kann;
22. *fordert* die internationale Gemeinschaft *dazu auf*, multinationale Handels- und Investitionsprogramme zu entwickeln;
23. *rufft* die Staatengemeinschaft *dazu auf*, internationale Kooperation und Investitionsabkommen im Bereich des nachhaltigen Abbaus von seltenen Erden, Bodenschätzen und weiteren begehrten Ressourcen zu intensivieren;
24. *unterstreicht* die Wichtigkeit einer global solidarischen, inklusiven und gerechten Impfstoffverteilung und betont die Relevanz eines konstruktiven Dialogs über Verteilung und Patentrecht, sowie die Notwendigkeit einer umfassenden und transparenten Aufklärung über die Impfstoffe, in Einbeziehung regionaler wie internationaler Akteure wie der WHO und *betont* weiter die Relevanz der Durchführung eines weitläufigen Awarenessprogramms für die Impfung;
25. *betont* vor dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie die Relevanz der Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele, .
26. *rufft* das Sekretariat der Vereinten Nationen *dazu auf*, einen Expert*innenkreis einzusetzen, der sich mit den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele, mit einem Schwerpunkt auf LECD, auseinandersetzt und aktiv Lösungsvorschläge erarbeitet.